

Zweckverband IIG
Interkommunales Industrie- und Gewerbegebiet
Vogelherd/ Längenfeld
mit den Gemeinden Straßberg, Winterlingen
Zollernalbkreis



Bebauungsplan
Interkommunales Gewerbegebiet
„Vogelherd - Süd“, 1. Änderung

7 Begründung mit Umweltbeitrag

Fassung: 18. August 2021

Inhaltsverzeichnis

1	Rahmenbedingungen und planerisches Konzept.....	15
1.1	Ziel und Zweck der Bebauungsplanänderung.....	15
1.2	Ausgangssituation	15
1.3	Räumlicher Geltungsbereich und Lage des Plangebiets.....	17
2	Erschließung.....	19
2.1	Verkehrliche Erschließung	19
2.2	Energieversorgung	19
2.3	Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	19
3	Übergeordnete Planungen.....	19
3.1	Regionalplan Neckar-Alb 2013	19
3.2	Bauleitplanung	20
4	Begründung der planungsrechtlichen Festsetzungen	21
5	Begründung der örtlichen Bauvorschriften	23
6	Bebauungsplanverfahren.....	24
7	Natur und Landschaft	25
7.1	Gesetzliche Rahmenbedingungen und Vorgaben.....	25
7.2	Bestandsbeschreibung und Umweltauswirkungen der Planung.....	26
7.3	Beeinträchtigung von Natura 2000-Gebieten	28
7.4	Pflichten zur Vermeidung von Auswirkungen von schweren Unfällen	29
7.5	Planinterne Maßnahmen.....	29
7.6	Pflanzbindung.....	29
7.7	Hinweis § 20 DSchG.....	30
7.8	Zusammenfassung	30
8	Flächenbilanz	31

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bestandsaufnahme Plangebiet und Umgebung.....	16
Abbildung 2: Übersichtslageplan	17
Abbildung 3: Räumlicher Geltungsbereich.....	18
Abbildung 4: Ausschnitt aus dem Regionalplan Neckar-Alb 2013	20
Abbildung 5: Ausschnitt des FNP	21

1. Rahmenbedingungen und planerisches Konzept

1.1 Ziel und Zweck der Bebauungsplanänderung

Der Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet „Vogelherd/Längenfeld“ der Gemeinden Winterlingen und Straßberg beabsichtigt im Gewerbegebiet „Vogelherd-Süd“ entlang der B 463 die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Photovoltaikanlage zu schaffen. Zudem soll mit der Änderung des Bebauungsplanes die Verpflichtung der Gemeinden nach § 21 Landesplanungsgesetz (LplG) und § 1 Abs. 4 BauGB erfüllt werden, indem die Zulässigkeit von Einzelhandelsbetrieben jeder Art im Gewerbegebiet entsprechend eingeschränkt wird. Zur Abgrenzung der verschiedenen Änderungen ist eine Aufteilung des Geltungsbereichs in die Teilfläche 1 und die Teilfläche 2 erfolgt.

Ziel und Zweck der Bebauungsplanänderung ist, die im rechtskräftigen Bebauungsplan aus dem Jahr 1998 für das Pflanzgebot 2 vorgesehene Fläche auf dem Flurstück Nr. 770 in ihrem derzeitigen Bestand als Grünfläche zu reduzieren, um auf dieser Fläche eine geordnete Entwicklung und Erstellung der Solarmodule sowie der erforderlichen Einrichtungen sicherzustellen. Das Baurecht wird über die Erweiterung der innerhalb der Teilfläche 1 ausgewiesenen Gewerbegebietsfläche auf die Teilfläche 2 geschaffen, wobei die Festsetzungen innerhalb dieser Fläche ausschließlich Anlagen und Nutzungen zulassen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Photovoltaikanlage stehen. Die maximale Höhe der einzelnen Module wird beschränkt. Der Abstand von der festgelegten Baugrenze zu der B 463 beträgt 10 m und stellt eine Ausnahme dar. Eine weitere Verschmälerung der überbaubaren Fläche würde zu Unwirtschaftlichkeit des in seiner Umsetzung dringend benötigten Vorhabens führen.

Ein weiteres Ziel der Bebauungsplanänderung ist, auf der zum Teil bereits bebauten Teilfläche 1 die Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben zu verhindern. Nach § 21 Landesplanungsgesetz (LplG) und § 1 Abs. 4 BauGB ist die Gemeinde verpflichtet, die Bildung und Weiterentwicklung einer Einzelhandelsagglomeration an diesem städtebaulich nicht integrierten Gewerbestandort ganz auszuschließen. Es ist kein zentralörtlicher Versorgungskern. Die Bildung und Weiterentwicklung von Einzelhandelsbetrieben lässt im vorliegenden Fall eindeutig negative raumordnerische Auswirkungen erwarten.

Daher ist eine Verkaufstätigkeit nur ausnahmsweise im Rahmen und im sachlichen Zusammenhang mit einem im Gewerbegebiet angesiedelten Handwerks-, Produktions- oder Dienstleistungsbetrieb auf untergeordneter Fläche zulässig und somit nur eingeschränkt im Zusammenhang mit einer anderen betrieblichen Nutzung möglich.

1.2 Ausgangssituation

Das Plangebiet der ersten Änderung des Bebauungsplanes liegt auf einer Höhe von etwa 780 m ü. NN und ist als Wiese vorzufinden. Es weist eine Neigung nach Westen auf und bildet, von Norden und Süden kommend, auf etwa halber Strecke eine leichte Senke.

Im Norden grenzt das Plangebiet an bestehende Gewerbebebauung. Im Westen unmittelbar angrenzend verläuft die B 463 von Albstadt nach Sigmaringen. Im Osten angrenzend verläuft die Straße Vogelherd, die im Süden in die Schillerstraße mündet.

Südöstlich befinden sich die Anlagen von Witzemann Sportpferde.

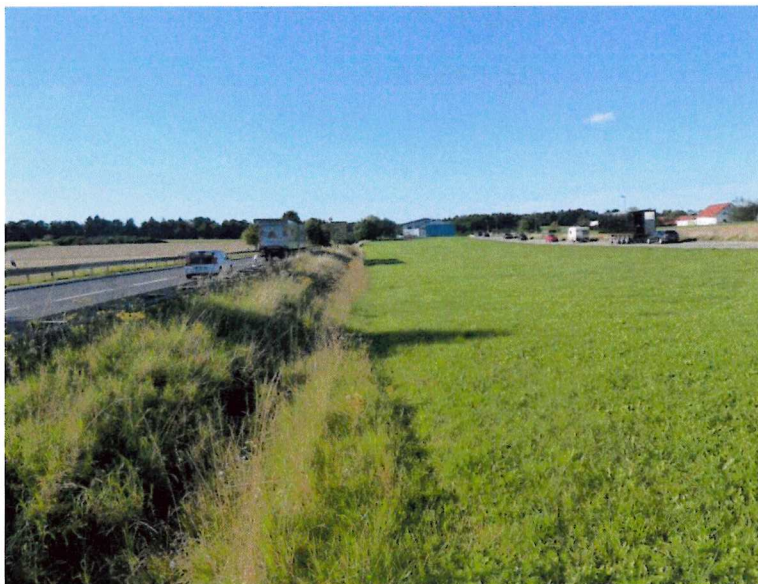


Abbildung 1: Bestandsaufnahme Plangebiet und Umgebung

1.3 Räumlicher Geltungsbereich und Lage des Gewerbegebiets

Das ca. 8,5 ha große Gewerbegebiet „Vogelherd-Süd“ befindet sich zwischen der Gemeinde Straßberg und der Gemeinde Winterlingen.

Die Änderung des Bebauungsplanes in Bezug auf die geplante Errichtung von PV-Anlage umfasst nur einen ca. 0,98 ha großen Teil der Gesamtfläche. Dieser Flächenteil befindet sich westlich des Gewerbegebiets auf dem Flurstück Nr. 770 (Fläche für geplantes Vorhaben) sowie dem Flurstück Nr. 2492 (bestehende Erschließungsstraße) und erstreckt sich entlang der B 463. Östlich grenzt die Straße Vogelherd an, die durch das Gewerbegebiet direkt zu der Schillerstraße mit der Brücke über die B 463 führt.

Die nachfolgende Abbildung stellt die räumliche Lage des Plangebietes dar.

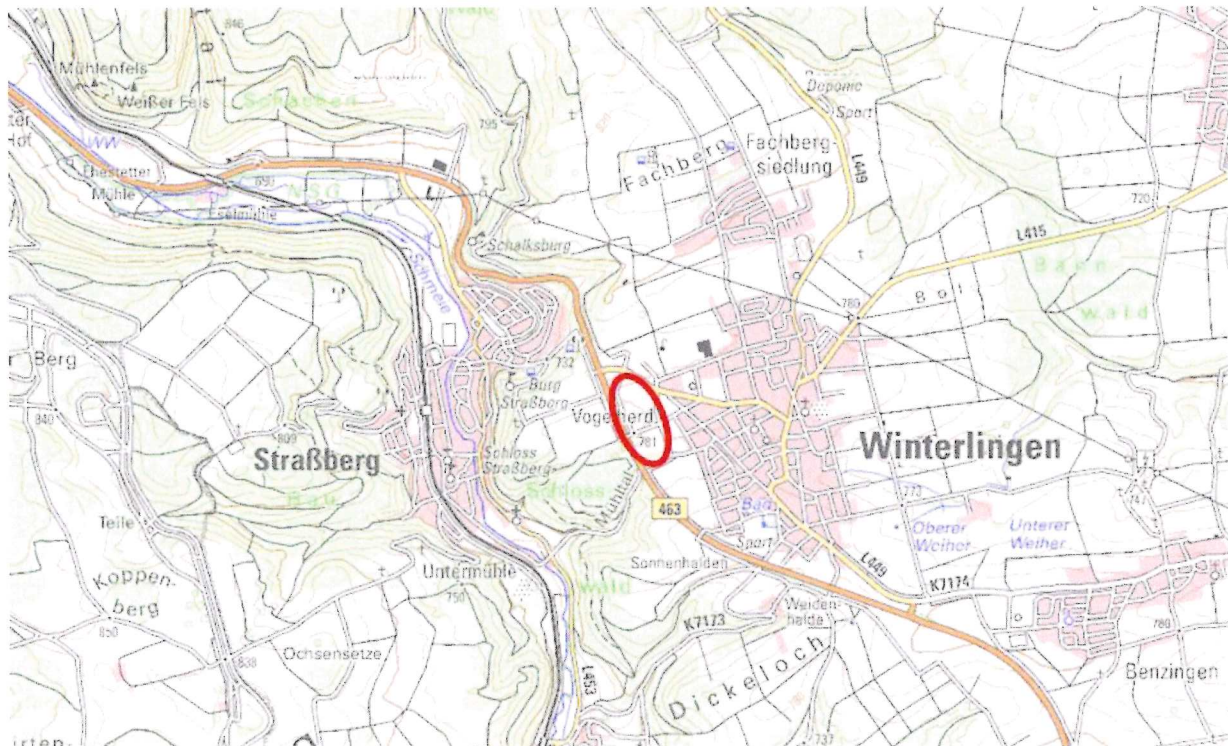


Abbildung 2: Übersichtslageplan, unmaßstäblich (Plangebiet = rot)

Das Plangebiet grenzt im nördlichen und nordöstlichen Bereich an den Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplans „Vogelherd Nord“ und den Geltungsbereich des Plangebiets „Vogelherd - Ost“ an.

Die nachfolgende Abbildung stellt den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Vogelherd – Süd“ sowie die angrenzenden Gewerbegebiete dar. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Vogelherd Süd“, 1. Änderung ist in die Teilfläche 1 und Teilfläche 2 eingeteilt.

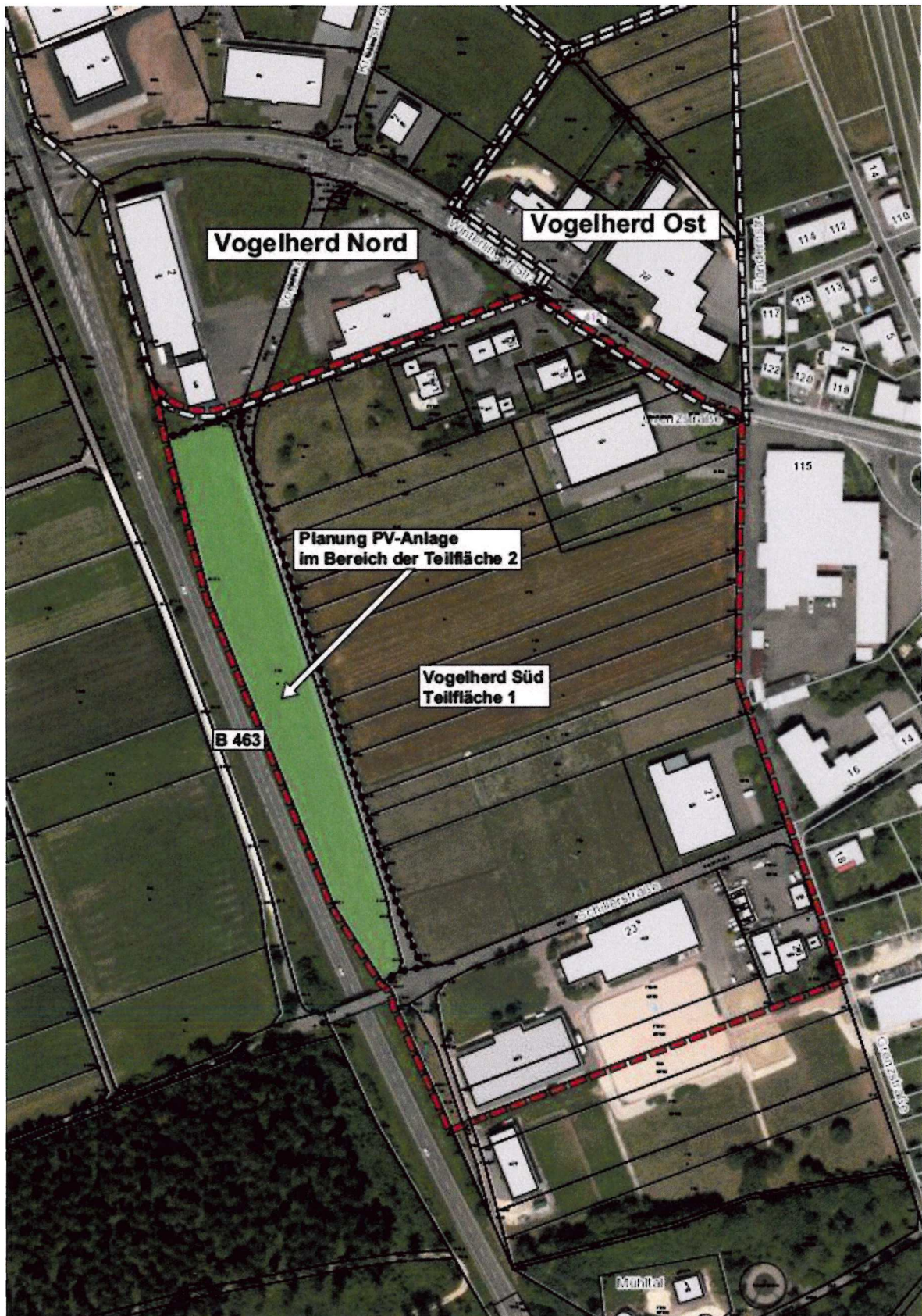


Abbildung 3: Räumlicher Geltungsbereich, unmaßstäblich (Plangebiet = rot)

2. Erschließung

2.1 Verkehrliche Erschließung

Die verkehrliche Erschließung des Gewerbegebietes erfolgt über die durch das Gewerbegebiet führende Schillerstraße und die Straße Vogelherd. Im östlichen Bereich wird das Gewerbegebiet über die Grenzstraße sowie die Winterlinger Straße erschlossen. Im Westen verläuft angrenzend an das Gewerbegebiet die B 463. Ein Anschluss hierzu besteht ausschließlich über die nördlich gelegene Winterlinger Straße, die als L 415 klassifiziert ist.

2.2 Energieversorgung

Die Stromversorgung wird an das bestehende Netz angeschlossen.

2.3 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Eine Versorgung des geänderten Planbereichs mit Wasser ist nicht vorgesehen.

Es erfolgt keine Abwasserentsorgung, weil dies für die geplante Nutzung im geänderten Planbereich nicht erforderlich ist.

Das auf den Grundstücksflächen anfallende Niederschlagswasser soll breitflächig über die belebte obere Bodenschicht versickert werden.

3. Übergeordnete Planungen

3.1 Regionalplan Neckar-Alb 2013

Das Plangebiet (grün umrandet) befindet sich im Regionalplan Neckar-Alb 2013 innerhalb der „Siedlungsfläche Industrie und Gewerbe“, die zum Teil als geplant und zum Teil als bestehende Fläche dargestellt ist.

Die Änderung des Bebauungsplanes steht somit keinen Zielen der Raumordnung entgegen.

Mit der Änderung der Festsetzung zur Art der baulichen Nutzung wird im Bebauungsplan das Ziel der Raumordnung gemäß PS 2.4.3.2 Z (3) in Verbindung mit PS 2.4.3.2 Z (8) berücksichtigt und eine (weitere) Agglomeration von Einzelhandelsflächen im Bebauungsplan-gebiet vermieden. Nach diesem Ziel der Raumordnung ist die Ausweisung, Errichtung oder Erweiterung von Einzelhandelsgroßprojekten in der Regel nur in Ober-, Mittel und Unterzentren möglich. Kongruenzgebot (Plansatz 3.3.7.1 (Z) Satz 1 LEP 2002), Beeinträchtigungs- verbot (Plansatz 3.3.7.1 (Z) Satz 2 LEP 2002) und Integrationsgebot (Plansatz 3.3.7.2 (Z) Satz 2 LEP 2002) sind dabei beachtet worden.

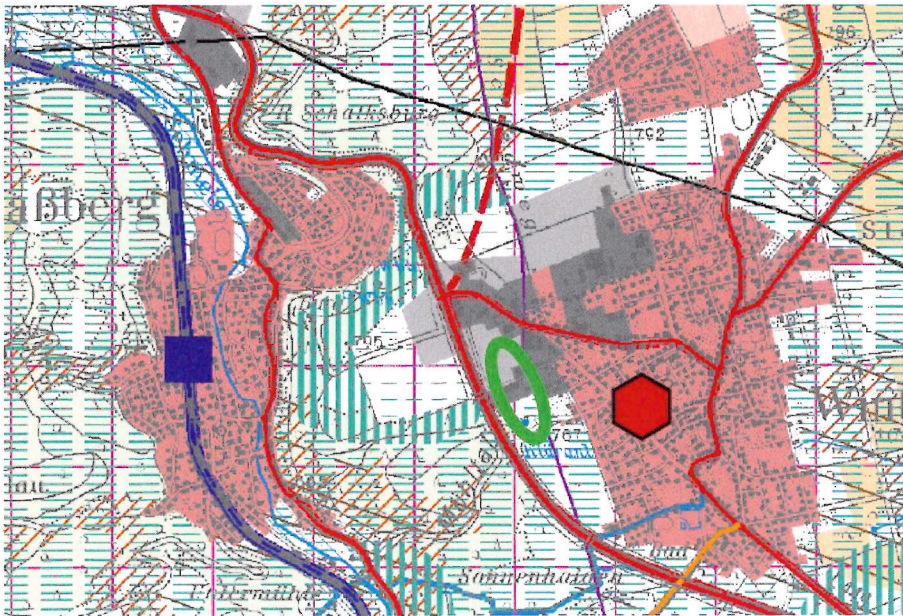


Abbildung 4: Ausschnitt aus dem Regionalplan Neckar-Alb 2013, unmaßstäblich
(Plangebiet grün umrandet)

3.2 Bauleitplanung

Der Bebauungsplan "Vogelherd-Süd" liegt im Bereich des verbindlichen Flächennutzungsplanes (FNP) der Verwaltungsgemeinschaft Winterlingen-Straßberg.

Der Bebauungsplanbereich ist im FNP als gewerbliche Baufläche gemäß § 1 Absatz 1 Nr. 3 BauNVO ausgewiesen. Der bestehende rechtskräftige Bebauungsplan ist damit gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

Die nachfolgende Abbildung stellt einen Ausschnitt aus dem seit dem Jahr 1996 wirksamen FNP dar.

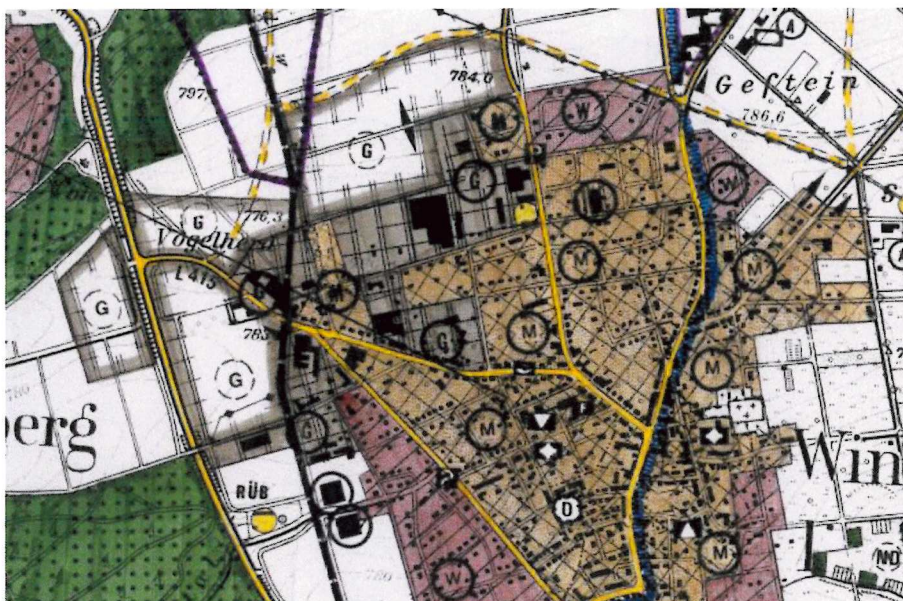


Abbildung 5: Ausschnitt des FNP, unmaßstäblich

4. Begründung der planungsrechtlichen Festsetzungen

Da die Festsetzung der Art der baulichen Nutzung im rechtskräftigen Bebauungsplan aus dem Jahr 1998 teilweise im Widerspruch zu den verbindlichen Zielen der Raumordnung steht, ist eine Änderung dieser Festsetzung in Bezug auf die Zulässigkeit von Einzelhandelsbetrieben im Gewerbegebiet „Vogelherd-Süd“ erforderlich. Im Bereich der im rechtskräftigen Bebauungsplan als Gewerbegebiet ausgewiesenen Fläche müssen entsprechend der Verpflichtung nach § 21 LplG selbständige Einzelhandelsbetriebe jeder Art ausgeschlossen werden. Die Gemeinden Winterlingen und Straßberg sind gemäß 2.3.4 Z (2) des Regionalplans Neckar-Alb 2013 Kleinzentren, sodass schon aus diesem Grund Agglomerationen in Winterlingen zu vermeiden sind. Zudem befindet sich das Plangebiet nicht in einer städtebaulich integrierten Lage gemäß Plansatz 3.3.7.2 (Z) S. 2 des LEP 2002.

Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und dem besonderen städtebaulichen Erfordernis wird eine Verkaufstätigkeit nur ausnahmsweise und im sachlichen Zusammenhang mit einem im Gewerbegebiet angesiedelten Handwerks-, Produktions- oder Dienstleistungsbetrieb auf untergeordneter Fläche zugelassen. Diese untergeordnete Fläche wird durch die Festsetzung von höchstens 25 % der Gesamtnutzfläche des Betriebs auf das maximal mögliche beschränkt, um tatsächlich großflächige Verkaufstätigkeiten im Verhältnis zu der Hauptnutzung zu vermeiden.

Im nachfolgenden werden die planerischen Festsetzungen für die Teilfläche 2 des Geltungsbereichs der 1. Änderung des Bebauungsplanes „Vogelherd Süd“ begründet.

Um die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung des geplanten Vorhabens auf dem Flurstück Nr. 770 zu schaffen, ist die Art der baulichen Nutzung als Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO festgesetzt. Damit wird das Pflanzgebot 2 im bestehenden Gewerbegebiet überplant. Die Begründung zur Art der baulichen Nutzung ergibt sich aus der Beschreibung des Baugebiets. Dies ist unter „Ziel und Zweck der Bebauungsplanänderung“ (S. 13) der vorliegenden Begründung zu entnehmen. Damit wird vorausgesetzt, dass die geplanten Anlagen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Nutzung der Sonnenenergie stehen.

Die planungsrechtlichen Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung wie Grundflächenzahl (GRZ) ergeben sich aus den Anforderungen der BauNVO. Die Höhe der Anlagen begründet sich durch die Anforderungen an eine vorhabenbezogene Bebauung. Die höchstzulässige GRZ von 0,8 kann für die vorgesehene Nutzung erheblich reduziert werden, da die Photovoltaikreihen (PV-Reihen) in der Regel nur ein Drittel der überbaubaren Grundstücksfläche überstellen. Die GRZ wird daher mit 0,3 festgesetzt.

Um das Landschaftsbild optisch nicht zu beeinträchtigen, wird die maximale Höhe der Anlagen auf maximal 3,00 m begrenzt.

Mit der Festsetzung der Baugrenze sollen ausreichende Abstände zum natürlichen Umfeld der Gewerbegebietsfläche gewährleistet werden. Zudem wurde das Baufenster auf das Maximum der ausgewiesenen Gewerbegebietsfläche festgelegt. Der Abstand von der festgelegten Baugrenze zu der B 463 beträgt 10 m und stellt eine Ausnahme dar. Eine weitere Verschmälerung der überbaubaren Fläche würde zu Unwirtschaftlichkeit des in seiner Umsetzung dringend benötigten Vorhabens führen.

Auf dem Gelände werden neben der PV-Freiflächenanlage noch zusätzliche technische Einrichtungen als Nebenanlagen erstellt. Auch Stellplätze und Carports sind zulässig. Um den erforderlichen 10 m Abstand zur B 463 einzuhalten und den Bereich der Anbauverbotszone zu schützen, sind die Nebenanlagen oder die nicht überdachten oder überdachten Stellplätze ausschließlich innerhalb der überbaubaren Fläche zugelassen.

Um die verkehrliche Erschließung des Gewerbegebiets im Bestand zu sichern, wurde ein Teil der bestehenden Verkehrsfläche in die Planzeichnung der 1. Änderung des Bebauungsplanes übernommen. Auch ist die bestehende Verkehrsfläche als Bezugspunkt für die Ermittlung der maximal zulässigen Höhe der PV-Anlage oder sonstigen baulichen Anlagen heranzuziehen.

Zur Verminderung einer technischen Überprägung des Gebietes und damit zum Schutz des Landschaftsbildes, ist es vorgeschrieben, Leitungen unterirdisch zu verlegen.

Zur Sicherung und Unterhaltung der Leitungen ist die Festsetzung der Leitungsrechte notwendig. Aus Sicherheitsgründen beträgt der Schutzstreifen für diese Leitungstrasse 3 m. Bauliche Anlagen, Bepflanzung, andere Nutzung oder Änderung des Geländeniveaus innerhalb des Schutzstreifens sind nur nach Prüfung und Zustimmung des Netzbetreibers zulässig.

Aufgrund eines geringen Versiegelungsgrades der Flächen und des naturnahen Umfeldes kann das unverschmutzte Niederschlagswasser auf dem Grundstück zur Versickerung gebracht werden.

Aus Verkehrssicherheitsgründen sollen die von der Bebauung frei zu haltenden Flächen, ausreichende Sichtverhältnisse im Verkehrsraum gewährleisten.

Die regelmäßige Pflege der Grünflächen ist zur Erhaltung des Ortsbildes notwendig.

Die Pflanzbindung dient zum einen der wirkungsvollen Eingrünung des Gewerbegebietes und zum anderen übernimmt sie eine wichtige Funktion im Naturhaushalt, der gestärkt werden soll. Die Bäume sind erhaltenswert, weil sie Lebensraum für verschiedene Tierarten bieten.

5. Begründung der örtlichen Bauvorschriften

Die örtlichen Bauvorschriften werden innerhalb einer eigenständigen Satzung vom Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet „Vogelherd/Längenfeld“ der Gemeinden Winterlingen und Straßberg auf der Grundlage von § 74 LBO BW beschlossen. Ausschließlich aus redaktionellen Gründen erfolgt die Darstellung der örtlichen Bauvorschriften im Rahmen des textlichen Teiles des Bebauungsplanes.

Da der rechtskräftige Bebauungsplan „Vogelherd-Süd“ für den Bereich Teilfläche 2 der 1. Änderung des Bebauungsplans „Vogelherd-Süd“ eine Fläche für Pflanzgebote vorsieht, werden die bisher geltenden örtlichen Bauvorschriften aufgehoben und auf das geplante Vorhaben angepasst.

Um unnötige Belastungen des Dachflächenwassers mit Metallen zu verhindern werden Blei, Kupfer und Zink zur Dacheindeckung ausgeschlossen. Für eine möglichst landschaftsbildverträgliche Gestaltung der Baukörper sind glänzende Materialien sowie eine unbeschichtete metallische Dacheindeckung untersagt. Zur Verringerung der Blendwirkung ist zudem für die Herstellung der Solarzellen entspiegelteres Glas zu verwenden.

Zum Schutz des Landschaftsbildes und in Anlehnung an das Anbauverbot entlang der B 463 werden Werbeanlagen ausschließlich innerhalb der überbaubaren Fläche zugelassen. Aus Verkehrssicherheitsgründen sind beleuchtete Werbeanlagen so einzurichten, dass die Verkehrsteilnehmer auf den klassifizierten Straßen nicht geblendet und hinsichtlich der Farbwahl vom Verkehrsgeschehen nicht abgelehnt werden. Die Werbeanlagen dürfen höchstens 2,0 m hoch und 5 m lang sein und sind damit auf die maximal zulässige Größe des Gesamtgebiets angepasst. Diese örtliche Bauvorschrift ist aus dem rechtskräftigen Bebauungsplan übernommen worden, weil sie der geplanten Nutzung nicht entgegensteht.

Aus Sicherheitsgründen dürfen offene und lichtdurchlässige Einfriedungen bis zu einer Höhe von 2,50 m errichtet werden. Aufgrund der Lage im natürlichen Lebensraum von verschiedenen Tierarten, ist mit Einfriedungen zum Boden hin ein Abstand von mindestens 0,10 m einzuhalten, um den Tieren Durchquerungsmöglichkeiten zu gewährleisten. Aus Verkehrssicherheitsgründen sind andersartige Einfriedungen nur ausnahmsweise zulässig.

Stacheldraht stellt keinen sicheren Einbruchsschutz, aber eine potentielle Gefahr für Lebewesen dar und ist deshalb nicht zulässig. Aus Umweltschutzgründen werden Kunststoffmaterialien generell nicht zugelassen.

Um die Auswirkungen der Versiegelung auf die Grundwasserneubildungsrate möglichst gering zu halten, sind Verkehrsflächen, Zufahrten und sonstige Betriebsflächen ausschließlich aus wasserdurchlässigen Materialien wie Rasenpflaster, Rasengittersteinen, Pflaster mit Breitfugen oder wassergebundenen Decken herzustellen. Durch Verzicht auf unnötige Bodenversiegelungen sowie die Gestaltung der unbefestigten Flächen als Grünflächen kann zur Attraktivität der Umgebung und Verbesserung des Mikroklimas beigetragen werden. Hiervon ausgenommen sind bestehende Verkehrsflächen.

Zur Energieeinsparung und zum Schutz nachtaktiver Insekten sind insektenfreundliche Außenbeleuchtungen festgesetzt.

6. Bebauungsplanverfahren

Ein Bebauungsplan für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, die Nachverdichtung oder andere Maßnahmen der Innenentwicklung kann im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden, wenn in ihm eine zulässige Grundfläche im Sinne des § 19 Abs. 2 der Baunutzungsverordnung von weniger als 20.000 m² festgesetzt wird. Die Grundflächen mehrerer Bebauungspläne, die in einem engen sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang aufgestellt werden, sind hierbei mitzurechnen.

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes „Vogelherd-Süd“ besteht aus der Teilfläche 1 und der Teilfläche 2. Das geplante Vorhaben soll innerhalb der Teilfläche 2 umgesetzt werden. Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens „Vogelherd-Süd“, 1. Änderung im Bereich der Teilfläche 1 ausschließlich eine Änderung in Bezug auf die Art der baulichen Nutzung (Nr. 1. Art der baulichen Nutzung § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 1 Abs. 9 BauNVO) erfolgt ist, sodass die im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB zulässige Grundfläche im Sinne des § 19 Abs. 2 der Baunutzungsverordnung von weniger als 20.000 m² für die vorliegende Bebauungsplanänderung ausschließlich im Bereich der Teilfläche 2 von Bedeutung ist.

Das Plangebiet der Teilfläche 2 umfasst vollständig die Flurstücke Nr. 770 und 2492. Hierbei handelt es sich um einen ca. 0,98 ha großen Teilbereich eines rechtskräftigen Bebauungsplanes. Mit der geplanten Erweiterung des Gewerbegebiets werden Maßnahmen der Innenentwicklung erreicht, sodass der Bebauungsplan als Bebauungsplan der Innenentwicklung im Sinne des § 13a BauGB angesehen werden kann.

Weitere Bebauungspläne oder Änderungen im engeren Zusammenhang sind somit nur im geringen Umfang vorgesehen.

Zudem begründet die 1. Änderung des Bebauungsplans kein Vorhaben, das der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG unterliegt. Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b genannten Schutzgüter (Natura 2000-Gebiete) bestehen ebenfalls nicht.

Da hiermit alle Voraussetzungen für die Anwendung eines beschleunigten Verfahrens gemäß § 13a BauGB gegeben sind, wird auf das frühzeitige Beteiligungsverfahren verzichtet und den betroffenen Bürgern und Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange im Rahmen der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Ferner wird im beschleunigten Verfahren auf die Umweltprüfung, den Umweltbericht, auf die Angaben, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie auf die zusammenfassende Erklärung verzichtet.

7. Natur und Landschaft

Eine artenschutzrechtliche Relevanzuntersuchung wurde durchgeführt und ist Bestandteil der 1. Änderung des Bebauungsplanes. Sie bezieht sich ausschließlich auf den Bereich der Teilfläche 2 und ist als Anhang der Begründung beigelegt.

Im Rahmen der Überplanung der Teilfläche 2 wurde ein Umweltbeitrag erstellt. Aufgrund des geringen Umfangs erfolgt die Darstellung des Umweltbeitrags im Nachfolgenden im Rahmen der Begründung zu der 1. Änderung des Bebauungsplanes.

7.1 Gesetzliche Rahmenbedingungen und Vorgaben

Entsprechend dem vorangegangenen Kapitel 6. Bebauungsplanverfahren, wird der vorliegende Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren aufgestellt. Hieraus ergeben sich einige Besonderheiten für die Belange der Umweltprüfung.

Nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. Anlage 1 Ziffer Gemäß § 13 Abs. 3 Satz 1 BauGB kann im beschleunigten Verfahren von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, einem Umweltbericht nach § 2a BauGB, der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6a Abs. 1 und § 10a Abs. 1 BauGB abgesehen werden. Zudem findet § 4c BauGB (Überwachung) keine Anwendung.

Da die vorliegende Planung im Bereich der Teilfläche 2 die zulässige Grundfläche im Sinne des § 19 Abs. 2 BauNVO von weniger als 20.000 m² deutlich unterschreitet, ist gem. § 13a Abs. 2 Nr. 4 keine Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung notwendig.

Die abwägungsrelevanten Belange des Umweltschutzes, einschließlich der Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung von Eingriffen sind jedoch gemäß §§ 1 Abs. 6 Nr. 7 und 1a BauGB bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zu berücksichtigen und werden im vorliegenden Umweltbeitrag behandelt. Dies beinhaltet die Erfassung der Umweltgüter und darauf aufbauend die Entwicklung geeigneter grünordnerischer Maßnahmen zu einer hochwertigen und umweltverträglichen Gestaltung des Vorhabensgebietes. Hierbei sollen auch die artenschutzfachlichen Erfordernisse Berücksichtigung finden.

Naturschutzrechtliche Ausweisungen

Tabelle 1: Naturschutzrechtliche Ausweisungen im Untersuchungsgebiet und der Umgebung

Schutzgebietskategorie	Ausweisungen inkl. Räumlicher Zuordnung
Biotope nach § 30 BNatSchG / § 33 NatSchG BW	<ul style="list-style-type: none">„Feldhecken entlang der B 463 bei Winterlingen II“ (Biotop-Nr. 178204179209), südl. unmittelbar angrenzend„Feldhecke O Straßberg, ‚Vogelherd‘“ (Biotop-Nr. 178204171668), ca. 26 m südwestlich„Schlehen-Feldhecke O Straßberg“ (Biotop-Nr. 178204171667), ca. 97 m westlich„Feldgehölze und Feldhecke östlich Straßberg, ‚Mühlal‘“ (Biotop-Nr. 178204171669), ca. 150 m südlich

Naturschutzgebiete	Keine Ausweisungen innerhalb des Plangebiets und der Umgebung
Naturpark	<ul style="list-style-type: none"> Naturpark „Obere Donau“ (Schutzgebiets-Nr. 4), ca. 195 m östlich
Natura 2000-Gebiete	Keine Ausweisungen innerhalb des Plangebiets und der Umgebung
Landschaftsschutzgebiet	Keine Ausweisungen innerhalb des Plangebiets und der Umgebung
Waldschutzgebiet	Keine Ausweisungen innerhalb des Plangebiets und der Umgebung
Nationalpark	Keine Ausweisungen innerhalb des Plangebiets und der Umgebung
Biotopverbund	<ul style="list-style-type: none"> Biotopverbund mittlerer Standorte ca. 4 m nordöstlich (Kernfläche, Kernraum)
Wildkorridore nach Generalwildwegeplan BW	Keine Ausweisungen innerhalb des Plangebiets und der Umgebung
Naturdenkmal	Keine Ausweisungen innerhalb des Plangebiets und der Umgebung
Wasserschutzgebiet	<ul style="list-style-type: none"> „Quellen im Schmeietal“ (WSG-Nr-Amt 417231), innerhalb
Überschwemmungsgebiet	Keine Ausweisungen innerhalb des Plangebiets und der Umgebung

7.2 Bestandsbeschreibung und Umweltauswirkungen der Planung

Beschrieben werden der derzeitige Umweltzustand des Planungsgebiets und die Auswirkungen der Planung auf die Umweltbelange.

Tabelle 2: Beschreibung des derzeitigen Zustandes der Umweltbelange und der Auswirkungen der Planung

Umweltbelang Pflanzen / Tiere	
Derzeitiger Umweltzustand	Auswirkungen der Planung und Maßnahmen zur Vermeidung
<p>Die Biotoptypen des Vorhabensgebietes wurden in Anlehnung an den LFU-Biotopdatenschlüssel (LFU 2005b) angesprochen. Die genauen Biotopdefinitionen sind der Arbeitshilfe „Arten, Biotope, Landschaft – Schlüssel zum Erfassen, Beschreiben, Bewerten“ der LUBW (Lubw 2009) zu entnehmen.</p> <p>Bei dem Plangebiet handelt es sich um Intensivgrünland (33.61), das einer mehrmaligen Mahd sowie einer Düngung unterliegt. Die Vegetation wird von Gras und Nährstoffzeigern dominiert. Im Südwesten grenzt eine als Offenlandbiotop kartierte Schlehen-Feldhecke (41.23) an das Plangebiet. Im Nordwesten befindet sich ein Feldgehölz (41.10)</p> <p>Das Plangebiet wird durch die entlang der östlichen Plangebietsgrenze verlaufende Straße „Vogelherd“ (60.21) erschlossen. Im Westen unmittelbar angrenzend verläuft die B 463.</p> <p>Das Plangebiet dient Vögeln als Nahrungshabitat, die angrenzenden Gehölzbestände eignen sich als Brutreviere.</p> <p>Das Plangebiet weist keine geeigneten Eiablageplätze oder sonstige essenzielle Strukturen für Reptilien</p>	<p>Durch das Vorhaben wird eine ca. 0,98 ha große Fläche überplant. Die vorhandene Vegetation bleibt weitgehend erhalten, da eine Versiegelung der Flächen nicht vorgesehen ist. Ein Eingriff in das nach § 30 BNatSchG geschützte Offenlandbiotop erfolgt nicht. Auch die nordwestlich an das Plangebiet angrenzenden Gehölzstrukturen bleiben durch eine Pflanzbindung erhalten.</p> <p>Durch die Pflanzung niederwüchsiger Sträucher entlang der westlichen Plangebietsgrenze erhöht sich das Nistplatzangebot für Zweig- und Halboffenlandbrüter. Weiterhin beschleunigt sich die Gewöhnung an neu geschaffene Strukturen.</p> <p>Eine weitere Betrachtung artenschutzrelevanter Arten erfolgt im Rahmen der durchgeführten artenschutzrechtlichen Relevanzuntersuchung.</p>

<p>auf. Der westlich angrenzende, sonnenexponierte Böschungssaum eignet sich als Reptilienlebensraum.</p> <p>Innerhalb des Plangebiets befinden sich keine hochwertigen Biotope oder Lebensräume geschützter Arten. Aufgrund der Vorbelastung durch die angrenzenden Verkehrswege und die Bewirtschaftung, sowie die fehlende direkte Anbindung an Offenland sowie die geringe Flächengröße, besitzt das Plangebiet eine untergeordnete Bedeutung für das Schutzgut Pflanzen/ Tiere.</p>	
Umweltbelang Boden	
Derzeitiger Umweltzustand	Auswirkungen der Planung und Maßnahmen zur Vermeidung
<p>Nach der Geologischen Übersichtskarte des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau Baden-Württemberg (1:300.000), befindet sich das Untersuchungsgebiet in der geologischen Einheit des Mittleren Oberjura (Lacunosamergel-, Unterer und Obere Felsenkalk-Formation, ki1-ki3).</p> <p>Das Gebiet gehört der Bodenkundlichen Einheit der Rendzinen und Terra fuscen aus Kalksteinzersatz und -verwitterungslehm an.</p> <p>Durch die regelmäßige Befahrung mit landwirtschaftlichen Geräten / Fahrzeugen, sowie die angrenzende Bebauung, kann eine Verdichtung und Vorbelastung bestehen.</p> <p>Bei der vorliegenden Fläche wird von einer mittleren Belastung der Böden ausgegangen.</p>	<p>Das Vorhaben sieht die Errichtung von Solarmodulen, sowie der benötigten Nebenanlagen (Traffohäuschen) vor. Durch die Planumsetzung sind geringfügige Versiegelungen zu erwarten. Vollständige Versiegelungen können dabei zum Verlust aller Bodenfunktionen führen. Unversiegelte Bereiche können durch Bodenverdichtungen geringfügig beeinträchtigt werden.</p> <p>Die Funktionsfähigkeit des Bodens bleibt weitgehend erhalten.</p> <p>Zur Minimierung der Eingriffe wird ein fachgerechter Umgang mit Bodenmaterial sowie die Wiederverwendung des anfallenden Bodenaushubs festgesetzt.</p>
Umweltbelang Wasser	
Derzeitiger Umweltzustand	Auswirkungen der Planung und Maßnahmen zur Vermeidung
<p>Grundwasser</p> <p>Entsprechend der hydrogeologischen Karte (1:350.000) des LGRB Baden-Württemberg, befindet sich der Planbereich in der Formation des Oberjura, schwäbische Fazies. Dabei handelt es sich um einen Grundwasserleiter aus Festgestein.</p> <p>Auf der unverbauten Fläche kann Oberflächenwasser großflächig versickern. Die Grundwasserneubildung ist in diesem Bereich ungestört. Versiegelungen durch die angrenzende Straße „Vogelherd“ verringern die Grundwasserneubildung.</p> <p>Oberflächenwasser</p> <p>Innerhalb des Vorhabensbereiches und der näheren Umgebung befinden sich keine Fließ- oder Stillgewässer.</p>	<p>Infolge der Planumsetzung ist mit geringfügigen Versiegelungen zu rechnen.</p> <p>Die geplanten Solaranlagen leiten anfallendes Niederschlagswasser aufgrund der geneigten Panele in die belebte obere Bodenschicht ab.</p> <p>Zur Verminderung der vorhabensbedingten Beeinträchtigungen auf das Schutzgut Wasser soll das anfallende Niederschlagswasser möglichst großflächig versickert werden.</p>
Umweltbelang Klima / Luft	
Derzeitiger Umweltzustand	Auswirkungen der Planung und Maßnahmen zur Vermeidung
Kaltluftentstehung und Kaltluftabfluss	Die Planumsetzung führt zu einem geringen Verlust

<p>Das Plangebiet stellt eine Kaltluftentstehungsfläche dar. Diese besitzt aufgrund der geringen Flächengröße und Neigung keine Siedlungsrelevanz.</p> <p>Luftregeneration und Klimapufferung</p> <p>Aufgrund fehlender Gehölzbestände besitzt das Plangebiet keine Bedeutung für die Luftregeneration.</p>	<p>kaltluftproduzierender Fläche. Aufgrund der geringen Bedeutung der Fläche für die Kaltluftproduktion und Luftregeneration hat das Vorhaben keine Auswirkungen auf das Schutzgut Klima / Luft.</p>
Umweltbelang Landschaftsbild	
Derzeitiger Umweltzustand	Auswirkungen der Planung und Maßnahmen zur Vermeidung
<p>Das Plangebiet befindet sich in einem geplanten Gewerbegebiet (Regionalplan Neckar-Alb 2013) und grenzt im Norden unmittelbar an die bestehende Gewerbebebauung. Sichtbeziehung bestehen zum östlich und südöstlich gelegenen Siedlungskörper von Winterlingen. Besonders geprägt wird das Landschaftsbild durch die westlich unmittelbar angrenzende B 463.</p> <p>Das westlich der B 463 gelegenen Offenland und die daran angrenzenden Waldbestände entsprechen dem charakteristischen Landschaftsbild der Albhochflächen.</p> <p>Weiträumige Sichtbeziehungen bestehen nicht.</p>	<p>Durch die Planung erfolgt eine visuelle Überprägung intensiv genutzten Grünlands. Der überwiegende Erhalt der Grünflächen und Gehölzbestände sowie die vorgesehen Strauchpflanzungen sorgen dafür, dass sich das Plangebiet harmonisch in das Landschaftsbild fügt.</p> <p>Bei Einhaltung der gesetzlichen Bauvorschriften entstehen keine Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und des angrenzenden Straßenverkehrs. Die Beeinträchtigung von Anwohnern durch z.B. Reflektionen kann durch die Regulierung der Bauhöhe und eine überwiegend nach Süden und Westen geneigte Ausrichtung der Solarmodule erfolgen.</p>
Umweltbelang Fläche	
Derzeitiger Umweltzustand	Auswirkungen der Planung und Maßnahmen zur Vermeidung
<p>Der unbebaute Planbereich befindet sich innerhalb eines geplanten und teilweise bereits erschlossenen Gewerbegebiets.</p>	<p>Die Fläche ist bereits für eine zukünftige Nutzung als Gewerbegebiet vorgesehen. Durch die Lage im Innenbereich kommt es zu einer Verdichtung des Gewerbegebiets und dadurch zu einer Verminderung des Siedlungsdrucks auf unbebaute Flächen im Außenbereich.</p> <p>Es sind keine erheblichen negativen Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche zu erwarten.</p>
Umweltbelang Mensch	
Derzeitiger Umweltzustand	Auswirkungen der Planung und Maßnahmen zur Vermeidung
<p>Das Plangebiet befindet sich auf einer gemeindeeigenen Fläche am westlichen Siedlungsrand der Gemeinde Winterlingen. Die Fläche unterliegt landwirtschaftlicher Nutzung.</p> <p>Das nächstgelegene Wohngebiet befindet sich etwa 300 m südöstlich des Plangebiets. Sichtbeziehungen bestehen nicht.</p> <p>Das Plangebiet weist keine Erholungseinrichtungen auf. Das westlich der B 463 gelegene Offenland wird von Anwohnern für Erholungszwecke genutzt.</p>	<p>Während der Bauphase ist mit einer erhöhten Staub-, Schadstoff- und Lärmbelästigung durch Transport- und Baufahrzeuge sowie Baumaschinen zu rechnen. Diese sind jedoch zeitlich begrenzt.</p> <p>Anlagen- und betriebsbedingt entstehen, bei Einhaltung der rechtlichen Vorgaben keine Beeinträchtigungen für die angrenzende Wohnbaunutzung.</p>
Umweltbelang Kultur und sonstige Sachgüter	

Derzeitiger Umweltzustand	Auswirkungen der Planung und Maßnahmen zur Vermeidung
Im Planungsbereich befinden sich keine Kulturgüter. Sachgüter werden über das Schutzgut Pflanzen/ Tiere abgehandelt.	Es sind keine Auswirkungen auf Kulturgüter zu erwarten.
Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern	
Vorhabenbedingte Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern, die über die bei den einzelnen Schutzgütern aufgeführten Auswirkungen hinausgehen können, sind nachzeitigem Kenntnisstand und bei Umsetzung der Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen nicht zu erwarten.	

7.3 Beeinträchtigung von Natura 2000-Gebieten

Bei den nächstgelegenen Natura 2000-Gebieten handelt es sich um das etwa 900 m westlich gelegene FFH-Gebiet „Schmeietal“ (Schutzgebiets-Nr. 7820-341) und das etwa 2,5 km westlich gelegene Vogelschutzgebiet „Südwestalb und Oberes Donautal“ (Schutzgebiets-Nr. 7820-441). Aufgrund der räumlichen Distanz zum Planungsgebiet kann eine Beeinträchtigung der Schutz- und Erhaltungsziele der Natura 2000-Gebiete ausgeschlossen werden.

7.4 Pflichten zur Vermeidung von Auswirkungen von schweren Unfällen

Das Vorhaben dient der Schaffung von Photovoltaikanlagen für die Gewinnung von Energie aus Sonnenlicht. Schwere Unfälle, die eine Verpflichtung zur Vermeidung oder Begrenzung von Auswirkungen nach sich ziehen, können bei der vorgesehenen Nutzung und Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zum Betrieb von Photovoltaikanlagen ausgeschlossen werden.

7.5 Planinterne Maßnahmen

7.5.1 Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen

Umweltbelang Pflanzen/ Tiere

Durch die Festsetzung einer Pflanzbindung werden bestehende Gehölze erhalten. Pflanzungen niederwüchsiger Sträucher entlang des westlichen Böschungssaumes vergrößern das Nistplatzangebot und sorgen für eine schnelle Gewöhnung an neue Vertikalstrukturen.

Umgang mit Boden

Gemäß § 202 BauGB ist Mutterboden in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung und Vergeudung zu schützen. Der durch das Bauvorhaben anfallende Oberboden und der kulturfähige Unterboden sind bei Erdarbeiten getrennt auszubauen und, soweit für gärtnerische Gestaltung verwendbar, sachgerecht zu lagern. Nach Abschluss der Bauarbeiten sind der verwendbare Unter- und Oberboden wieder lagenweise einzubauen. Nähere Ausführungen zum Vorgehen enthält die DIN 18915 Blatt 3 bezüglich des Bodenabtrags und der Oberbodenlagerung.

Entwässerung

Innerhalb des Plangebiets anfallendes Niederschlagswasser soll breitflächig über die belebte Bodenzone versickert werden.

Zufahrten, Stellplätze und sonstige Betriebsflächen sind mit wasserdurchlässigen Belägen zu gestalten (z.B. Schotterrasen, Kiesbelag oder Rasenpflaster). Die Versiegelung von Böden ist auf das unabdingbare Maß zu reduzieren.

Beleuchtung

Die Außenbeleuchtung ist energiesparend und insektenverträglich zu installieren. Die Leuchten sind so auszubilden, dass eine Lichtwirkung nur auf die zu beleuchtende Fläche erfolgt (Streulichtarm).

7.6 Pflanzbindung

Die Pflanzbindungen werden gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB festgesetzt.

Pflanzausfälle der bestehenden Vegetation sind in der gleichen Qualität zu ersetzen. Die gehölzfreien Flächen sind mit einer Kräuter-Gras-Mischung für trocken bis frische Standorte einzugrünen und zu pflegen.

Pflanzbindung 1 (PFB 1)

Erhalt von Gehölzen

Die in der Planzeichnung als Pflanzbindung 1 ausgewiesene Fläche ist in ihrem natürlichen Gehölzbestand dauerhaft zu erhalten.

7.7 Hinweis § 20 DSchG

Sollten bei Erdarbeiten Funde (beispielsweise Scherben, Metallteile, Knochen) und Befunde (z.B. Mauern, Gräber, Gruben, Brandschichten) entdeckt werden, ist das Landesamt für Denkmalpflege beim Regierungspräsidium Stuttgart (Abt. 8) unverzüglich zu benachrichtigen. Fund und Fundstelle sind bis zur sachgerechten Begutachtung, mindestens bis zum Ablauf des 4. Werktages nach Anzeige, unverändert im Boden zu belassen. Die Möglichkeit zur fachgerechten Dokumentation und Fundbergung ist einzuräumen.

7.8 Zusammenfassung

Der Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet „Vogelherd/Längenfeld“ der Gemeinden Winterlingen und Straßberg beabsichtigt im Gewerbegebiet „Vogelherd-Süd“ entlang der B 463 die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Photovoltaikanlage zu schaffen.

Das im Innenbereich an der nordwestlichen Siedlungsgrenze von Winterlingen gelegene Plangebiet Teilfläche 2 umfasst eine Fläche von etwa 0,98 ha. Der Planbereich ist unbebaut und unterliegt intensiver Grünlandnutzung. Die Fläche grenzt unmittelbar an die östlich verlaufende Straße „Vogelherd“.

Durch das Vorhaben ergeben sich keine erheblichen Beeinträchtigungen der Umweltbelange. Aufgrund der Lage des Plangebiets innerhalb eines Gewerbegebiets, sowie der Vorbelastungen durch intensive Bewirtschaftung und die unmittelbar angrenzende B 463 tritt keine, das normale Maß überschreitende Verschlechterung des Naturhaushaltes ein.

Auswirkungen auf die geschützten europäischen Vogelarten sind temporär während des baulichen Eingriffs zu erwarten und zeigen sich möglicherweise in Meideverhalten bezüglich der Eingriffsfläche. Ein Eingriff in die nordwestlich und südwestlich angrenzenden Gehölzbestände, die als Brutreviere geeignet sind, erfolgt nicht.

Um eine möglichst schnelle Gewöhnung an die entstandenen Kulissen zu erreichen und das Nistplatzangebot zu verbessern, werden entlang des westlichen Böschungsbereichs vereinzelt niederwüchsige Sträucher gepflanzt.

Die weiteren Belange des Artenschutzes werden in der durchgeführten artenschutzrechtlichen Relevanzuntersuchung berücksichtigt.

8. Flächenbilanz

	Fläche in m ²
Größe des Geltungsbereiches	85.405

davon:

Größe der Teilfläche 1	75.523
------------------------	--------

Größe der Teilfläche 2	9.882
------------------------	-------

darin enthalten:

Gewerbegebietsfläche	6.669
----------------------	-------


Verkehrsflächen	2.078
-----------------	-------

Grünfläche	1.037
------------	-------

Fläche für PFB 1	98
------------------	----

Aufgestellt:

Balingen, den 18.08.2021


i. V. Tristan Laubenstein
Projektleitung

Ausgefertigt

Gemeinde Straßberg, den 21. Jan. 2022


Markus Zeiser
Zweckverbandsvorsitzender